

Betreff

Dezernat/e

Bericht zum Beschluss

Nr.

vom

Erforderliche Stellungnahmen

Amt für Innovation, Organisation und Digitalisierung
 Kämmerei
 Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte nach HGIG
 Frauenbeauftragte nach HGO
 Sonstiges

Rechtsamt
 Umweltamt: Umweltprüfung
 Straßenverkehrsbehörde

Beratungsfolge

(wird von Amt 16 ausgefüllt) **DL-Nr.**

Kommission	nicht erforderlich	erforderlich
Ausländerbeirat	nicht erforderlich	erforderlich
Kulturbeirat	nicht erforderlich	erforderlich
Ortsbeirat	nicht erforderlich	erforderlich
Seniorenbeirat	nicht erforderlich	erforderlich

Magistrat Eingangsstempel
Büro d. Magistrats

Tagesordnung A Tagesordnung B
Umdruck nur für Magistratsmitglieder

Stadtverordnetenversammlung

nicht erforderlich erforderlich
 öffentlich nicht öffentlich
wird im Internet / PIWi veröffentlicht

Anlagen öffentlich

Anlagen nichtöffentlich

B Kurzbeschreibung des Vorhabens (verpflichtend)

(Die Inhalte dieses Feldes werden [außer bei vertraulichen Vorlagen, wie z. B. Disziplinarvorlagen] im Internet/Intranet veröffentlicht. Es dürfen hier keine personenbezogenen Daten im Sinne des Hessischen Datenschutzgesetzes verwendet werden (Ausnahme: Einwilligungserklärung des/der Betroffenen liegt vor). Ergänzende Erläuterungen, soweit erforderlich, siehe D. Begründung, Pkt. II)

Das Diakonische Werk und die Arbeiterwohlfahrt haben über den Europäischen Sozialfonds (ESF) und das dortige Förderprogramm „Eingliederung hilft gegen Ausgrenzung der am stärksten benachteiligten Personen (EhAP+)“ unterschiedliche Projekte für zugewanderte Südosteuropäer*innen und wohnungslose Menschen in Wiesbaden bewilligt bekommen. Mit einem Fördervolumen von 1,7 Mio. € für die Laufzeit von 2022-2026 ist es damit möglich, dringende Beratungs- und Verweisangebote für Zugewanderte, häufig aus Rumänien und Bulgarien, zu machen, ebenso für wohnungslose Menschen, die nicht durch die Grundsicherung abgedeckt sind.

C Beschlussvorschlag

1. Es wird zur Kenntnis genommen:
 - 1.1. dass das Diakonische Werk (DW) und die Arbeiterwohlfahrt (AWO) eine Fördersumme von 1,7 Mio. € beim ESF-Bundes-Programm „Eingliederung hilft gegen Ausgrenzung der am stärksten benachteiligten Personen (EhAP+)“ beantragt und bewilligt bekommen haben, um Angebote für Südosteuropäer*innen und wohnungslose Menschen in Wiesbaden vorzuhalten.
 - 1.2. dass für diese Förderung über das ESF-Budget eine kommunale Kofinanzierung in Höhe von 5 %, 85.856,56 €, für die Jahre 2022-2026 nötig sind, um die Mittel in Anspruch nehmen zu können.
2. Es wird beschlossen:
 - 2.1. Durch die Teilnahme an dem Bundesprogramm EHAP+ entstehen kommunale Kosten in Höhe von insgesamt 85.856,56 € im Gesamtzeitraum. Dem steht ein Fördervolumen von 1,7 Mio. € gegenüber.
 - 2.2. Für 2024/2025 entsteht ein kommunaler Bedarf in Höhe von 21.677,29 € jährlich. Dieser Betrag wird von Dezernat VI/51 zum Haushalt 2024/2025 angemeldet. Sollten die Beträge nicht genehmigt werden, so trägt Dezernat VI/51 die Kosten aus dem laufenden Budget.
 - 2.3. Für 2026 beläuft sich der kommunale Bedarf auf 15.450,64 €. Dieser Bedarf wird zum HH 2026/2027 angemeldet. Sollten die Beträge nicht genehmigt werden, so trägt Dezernat VI/51 die Kosten aus dem laufenden Budget.
 - 2.4. Die kommunalen Anteile 2022/2023 werden aus dem Budget des Dezernates VI/51 finanziert.
 - 2.5. Dezernat VI/51 wird legitimiert nach der Entscheidung durch den Magistrat einen Vertrag für die Gesamtlaufzeit bis 2026 abzuschließen. Die Regeln der vorläufigen Haushaltsführung sind zu beachten.

D Begründung

Das Diakonische Werk Wiesbaden hat, als Hauptantragsteller, in einem Kooperationsverbund mit der AWO Familienbildungsstätte Wiesbaden und dem Amt für Soziale Arbeit, die Aufnahme in das ESF Plus Bundesprogramm „EhAP Plus: Eingliederung hilft gegen Ausgrenzung der am stärksten benachteiligten Personen“ beantragt und den Zuschlag bekommen.

Die Programmlaufzeit ist vom 01.10.2022 bis 30.09.2026 und die Gesamtfördersumme beträgt 1.717.130,74 €. Das Programm verlangt eine Kofinanzierung der Kommune in Höhe von 5%, dies sind

somit 85.856,56 €. Die Kofinanzierung für die Jahre 2022 und 2023 konnten aus Restmitteln des Amtes für Soziale Arbeit bezahlt werden. Nun steht noch die Kofinanzierung für die Jahre 2024-2026 aus.

Das EhAP Plus-Programm schließt inhaltlich an die beiden Vorgängerprogramme EhAP an, die von 2016 bis 30.06.22 erfolgreich durch das Diakonische Werk und die AWO Familienbildungsstätte umgesetzt wurden. Mit EhAP Plus soll die erfolgreiche Arbeit fortgesetzt und erweitert werden.

Das Programm und seine Umsetzung in Wiesbaden richten sich an zwei Zielgruppen

1. Neuzugewanderte EU-Bürger*innen, insbesondere aus Südost-Europa (Bulgarien, Rumänien, darunter viele Roma, die auch bereits in den Herkunftsländern zu den stark marginalisierten Bevölkerungsgruppen gehören)
2. Wohnungslose und von Wohnungslosigkeit bedrohte Personen

Räumlich erfolgt eine Fokussierung auf den Innenstadtbereich und das Innere Westend, da sich die Zielgruppen dort überwiegend aufhalten bzw. dort wohnen.

Zur besseren Erreichung der Zielgruppen soll die eingesetzten Sozialarbeiter*innen möglichst muttersprachlich beraten können. Zentrales Anliegen des Vorhabens ist eine Brückenfunktion / Verweisberatung in bereits bestehende Angebote und Einrichtungen (Regelrichtungen). Die Zielgruppe kommt in den Regelangeboten momentan nur unzureichend an.

Im Einzelnen sollen folgende Maßnahmen - basierend auf den nachfolgend erläuterten Problemlagen - während der Projektlaufzeit umgesetzt werden:

Zu Zielgruppe 1 - Neuzugewanderte EU-Bürger*innen

In 2021 lebten 4.021 Personen aus Bulgarien, 3.797 aus Rumänien und 4.276 Polen in Wiesbaden. Innerhalb der letzten 2 Jahre sind 683 Bulgaren, 702 Rumänen und 297 Polen zugewandert. Davon waren 193 Kinder und Jugendliche im schulpflichtigen Alter (6-18 Jahre).

In der Statistik untergebrachter wohnungsloser Menschen (2021) waren aus der Gruppe „Familien mit Kindern“ insgesamt 157 Personen erfasst. Bei 41 % handelt es sich um Paare mit Kindern, 59 % sind Alleinerziehende. 20 % haben eine rumänische, 19 % eine deutsche und 13 % eine bulgarische Staatsangehörigkeit. Bei 48 % der Gruppe ist der (vermutete) Grund der Wohnungslosigkeit der Zuzug aus dem Ausland. 58 % aller untergebrachten wohnungslosen Personen sind unter 18 Jahren.

Zum Teil gehören diese Menschen zu der Gruppe der Roma und gehören damit schon in ihrer Heimat zu stark marginalisierten Gruppen.

Die Berichte der städtischen Arbeitsgruppe #Wohin verweisen auf die besonderen Problemlagen von Arbeitsmigrant*innen aus Rumänien und Bulgarien: prekäre Wohn-/ Arbeitsverhältnisse; die Personalunion von Vermieter/Arbeitgeber bewirkt eine Abhängigkeitsstruktur; dies bedeutet drohende Wohnungslosigkeit bei Verlust der Arbeitsstelle. Weitere Problemlagen sind geringe Sprachkenntnisse, Diskriminierung/Gewalt an Frauen, Unkenntnis/Vorbehalte gegenüber institutionellen Hilfsangeboten, unregelmäßiger Schulbesuch, unterdurchschnittliche Schulabschlussquoten sowie eine unterdurchschnittliche Bildungsbeteiligung.

Im Rahmen von EhAP Plus werden deshalb folgende Vorhaben vom DW umgesetzt:

- regelmäßige niedrigschwellige aufsuchende Ansprache auf innerstädtischen Quartiersplätzen, um die Zielgruppe muttersprachlich zu beraten, über bestehende Beratungsstellen und Unterstützungsangebote zu informieren und bei Bedarf in diese Angebote zu begleiten (Türöffner, warme Übergabe).
- Ansprache, Beratung und Begleitung von Einzelpersonen im Tagschlafrum mit dem Ziel der Vermittlung, z. B. in die humanitäre Sprechstunde, Krankenversicherungsclearingstelle, Migrationsberatung
- Muttersprachliche Begleitung / Anleitung in einem Büroraum bei der eigenständigen Nutzung von PC und Telefon (selbständiges Einrichten von Mailadressen, Online Termine bei Behörden, Wohnungs- und Arbeitssuche)

Die AWO wird mit Familien mit schulpflichtigen Kindern arbeiten und dazu nachfolgende Maßnahmen umsetzen:

- Niedrigschwellige aufsuchende Ansprache und (Verweis-)Beratung von Familien mit schulpflichtigen Kindern an Schulen, Spiel- und Quartiersplätzen, anderen Aufenthaltsorten in enger Kooperation mit Einrichtungen des Regelsystems
- Einrichtung eines Schulelterncafés (Riederbergschule) zu Fragen zum Schulsystem, Schulalltag, Erziehung, Freizeit etc. zur Sicherung der Bildungs- und sozialen Teilhabe
- Ansprache, Begleitung und Verweisberatung von Familien mit schulpflichtigen Kindern in Notunterkünften

Zu Zielgruppe 2 - wohnungslose Menschen

Dieser Vorhabenbereich wird durch das Diakonische Werk umgesetzt.

Die Wohnungsnotfallhilfe des DW betreut ca. 250 Personen (85 % Männer; obdachlose Personen, verdeckte wohnungslose Menschen oder Menschen in prekären Wohnverhältnissen).

In der Statistik untergebrachter wohnungsloser Personen aus 2021 (n=387) waren 47 % deutsche, 9 % rumänische und 7 % bulgarische Staatsangehörige. Von den Befragten waren 58 % Männer und 42 % Frauen.

Zahlreiche wohnungslose und von Wohnungslosigkeit bedrohte Personen werden durch vorhandene Hilfsangebote nur unzureichend erreicht, lehnen diese ab bzw. können sich aufgrund ausgeprägter multiplexer individueller Problemlagen nicht in diese integrieren. Hinzu kommen sprachliche Verständigungsschwierigkeiten sowie aufgrund der kulturellen Herkunft Vorbehalte und Misstrauen gegenüber institutionellen Hilfsangeboten.

Geplant ist die Umsetzung der nachfolgenden Maßnahmen:

- Einrichtung einer Beratungsstelle zur Sicherung / Erhalt von Wohnraum: Kooperation mit Wohnbaugesellschaften, komm. Wohnungsservice, Wohnungssicherungsstelle, Schuldnerberatung, sozialpsychiatrischem Dienst, Betreuungsbehörde, KJC, Grundsicherung etc.
- Ausbau der Regiestelle zur bevorzugten Vermittlung in Sozialwohnungen und Begleitung zu Gesprächen mit Vermietern. Kooperation mit Wohnungsnotfallhilfe, Wohnbaugesellschaften ggf. Vermittlung in Betreutes Wohnen.
- Intensive Verweisberatung von volljährigen Care-Leavern die im Tagesaufenthalt der Fachberatungsstelle Teestube als „Systemsprenger“ mit einem besonders hohen Hilfebedarf nicht tragbar sind. Kooperation Wohnungsnotfallhilfe, sozialpsychiatrischer Dienst, Zora und Upstairs, Übergangwohnheim, Schnittstelle zum Förderprogramm JUST Best, das parallel in Wiesbaden umgesetzt wird.
- Sehr intensive Beratung und Begleitung von 6-9 „MiniHäuschen“ für Menschen, die zurzeit im öffentlichen Raum leben und vorhandene Angebote nicht annehmen. Diese sollen befristet für 6 Monate im Öffentlichen Raum und auf dem Gelände von Kirchengemeinden stehen. Kooperation mit Privat Spendern, Kirchengemeinden und der Wohnungsnotfallhilfe. Mit dem Sozialleistungs- und Jobcenter wird ein Projektmanagement eingerichtet.

Die durch das Förderprogramm EhAP Plus ermöglichten Angebote und Maßnahmen schließen bestehende Lücken im - bereits guten - Wiesbadener Hilfsangebot und ergänzen dieses sinnvoll.

I. Auswirkungen der Sitzungsvorlage

(Angaben zu Zielen, Zielgruppen, Wirkungen/Messgrößen, Quantität, Qualität, Auswirkungen im Konzern auf andere Bereiche, Zeitplan, Erfolgskontrolle)

II. Ergänzende Erläuterungen

(Demografische Entwicklung, Umsetzung Barrierefreiheit, Klimaschutz/Klima-Anpassung, etc.)

III. Geprüfte Alternativen

(Hier sind die Alternativen darzustellen, welche zwar geprüft wurden, aber nicht zum Zuge kommen sollen)

IV. Öffentlichkeitsarbeit | Bürgerbeteiligung

(Hier sind Informationen über Bürgerbeteiligungen in Projekten einzufügen)

Bestätigung der Dezernent*innen

Wiesbaden,
in Vertretung

Imholz
Stadtrat